



Stadt Ludwigsstadt – Lauensteiner Str. 1 - 96337 Ludwigsstadt

Herrn
Reinhold Deuter
Bauernstr. 53
86561 Aresing

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
13.04.2019

Unser Zeichen, Ansprechpartner
142
Barbara Schneider

Telefon, Mail
09263 949-16
barbara.schneider@ludwigsstadt.de

Datum
17.04.2019

Sondernutzung von öffentlichen Verkehrsflächen gemäß Art. 18 Abs. 1 des Bayerischen
Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG);
Befristete Aufstellung von 10 Plakattafeln (DIN A1)

1. Die Stadt Ludwigsstadt erläßt folgenden

BESCHEID:

Dem Wahlkampfkoordinator der Piratenpartei Deutschland, vertreten durch Herrn Reinhold Deuter, wird hiermit die Sondernutzungsgenehmigung zur befristeten Aufstellung der o.g. Plakattafeln im Bereich der Großgemeinde Ludwigsstadt anlässlich der EU Wahlen am 26.05.2019 erteilt:

Aufsteller: 10 St. DIN A1
Dauer: 17.04. – 26.05.2019

2. Für diesen Bescheid wird keine Gebühr festgesetzt.
3. Die Sondernutzung wird widerruflich unter Beachtung und Einhaltung der nachfolgend aufgeführten Auflagen genehmigt:

- 3.1 Außerhalb geschlossener Ortschaften dürfen gemäß § 33 StVO grundsätzlich keine Werbeanlagen zugelassen werden, wenn dadurch Verkehrsteilnehmer in einer den Verkehr gefährdenden oder erschwerenden Weise abgelenkt oder belästigt werden können. Auch durch innerörtliche Werbung und Propaganda darf der Verkehr



Dienstgebäude:
Lauensteiner Straße 1
96337 Ludwigsstadt
Telefon: 09263 949-0
Telefax: 09263 949-40

Öffnungszeiten:
Mo bis Fr: 09:00 – 12:00 Uhr
Mo und Do: 14:30 – 17:30 Uhr
Internet: www.ludwigsstadt.de
E-Mail: info@ludwigsstadt.de

Konten:
Sparkasse Kulmbach-Kronach
DE51 7715 0000 0570 0009 84
BYLADEM1KUB

RVB Kronach Ludwigsstadt
DE70 7736 1600 0003 2404 36
GENODEF1KC1

außerhalb geschlossener Ortschaften nicht in solcher Weise gestört werden.

Nach § 9 Abs. 6 FStrG sind Anlagen der Außenwerbung den Hochbauten des § 9 Abs. 1 FStrG und den baulichen Anlagen des § 9 Abs. 2 FStrG gleichgestellt. Längs von **Bundesstraßen** dürfen diese gem. § 9 Abs. 1 FStrG außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu einem Abstand von 20 m zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden. Bis zu einem Abstand von 40 m zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahn dürfen die Werbeanlagen gem. § 9 Abs. 2 FStrG nicht geeignet sein, z. B. die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu beeinträchtigen.

Nach Art. 23 Abs. 1 BayStrWG dürfen längs von **Staatsstraßen** außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu einem Abstand von 20 m zum äußeren Rand der Fahrbahndecke keine baulichen Anlagen errichtet werden. Bis zu einem Abstand von 40 m zum Rand der Fahrbahndecke dürfen die Werbeanlagen gem. Art. 24 Abs. 1 BayStrWG nicht geeignet sein, z. B. die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu beeinträchtigen.

- 3.2 Die Plakattafeln dürfen weder den Straßenverkehr noch die Fußgänger behindern.
- 3.3 Die Plakattafeln dürfen nicht reflektieren.
- 3.4 Die Plakattafeln müssen hinsichtlich Standfestigkeit und Konstruktion den statischen Beanspruchungen nach den einschlägigen Vorschriften insbesondere der Windlast genügen.
- 3.5 Sichtdreiecke an Kreuzungen, Straßeneinmündungen müssen freigehalten werden.
- 3.6 Der Boden darf durch das Aufstellen der Plakattafeln nicht beschädigt werden. Es dürfen keine Löcher gegraben werden.
- 3.7 Die Plakattafeln werden um Laternenmasten, um Bäume oder Verkehrsschilder des ruhenden Verkehrs (mit Hilfe von Kabelbindern) befestigt. Durch die Befestigung dürfen keine Beschädigungen entstehen.
- 3.8 Sollten die Plakattafeln beschädigt und unansehnlich sein, so sind sie instandzusetzen.
- 3.9 Die Plakattafeln müssen mit Anschrift und Rufnummer des für die Veranstaltung verantwortlichen Unternehmens versehen sein.

- 3.10 Das Grundstück ist nach Abbau des Plakattafeln im ursprünglichen Zustand zu verlassen.
- 3.11 Sollten die Plakattafeln Anlaß zu Beanstandungen geben, so sind sie umgehend, spätestens drei Tage nach Erhalt der schriftlichen Aufforderung zu beseitigen.
- 3.12 Die Plakattafeln müssen spätestens drei Tage nach der Veranstaltung abgebaut sein.**
- 3.13 Die Plakattafeln sind mit den beiliegenden Aufklebern zu versehen.**
- 3.14 Weitere Auflagen bleiben uns vorbehalten.

Gründe und Hinweise:

Der Wahlkampfkoordinator der Piratenpartei Deutschland, vertreten durch Herrn Reinhold Deuter hat mit Antrag vom 13.04.2019 eine Sondernutzungsgenehmigung zur befristeten Aufstellung der gen. Plakattafeln im Bereich der Großgemeinde Ludwigsstadt anlässlich der Eu Wahl am 26.05.2019 beantragt.

Durch diese Maßnahme wird die Benutzung der Verkehrsflächen über den Gemeingebrauch hinaus erforderlich. Die Benutzung ist daher erlaubnispflichtig (Art. 18. Abs. 1 BayStrWG). Erlaubnisbehörde ist der Träger der Baulast, die Stadt Ludwigsstadt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen bei der Stadt Ludwigsstadt, Lauensteiner Str. 1, 96337 Ludwigsstadt. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Bayreuth, Friedrichstr. 16, 95444 Bayreuth, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten Stadt Ludwigsstadt und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweis zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Widerspruchseinlegung und Klageerhebung in elektronischer Form (z.B. durch E-Mail) ist unzulässig.
- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Stadt Ludwigsstadt

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'B. Schneider', is written above the printed name.

B. Schneider